

## Nr. 31 **Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 14. September 1912**

*RS. (und RK.)*

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der kgl. ung. Ministerpräsident Dr. v. Lukács, der k. u. k. Kriegsminister Gdl. Ritter v. Auffenberg, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Ritter v. Biliński (25. 9.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Graf Montecucoli (20. 9.).

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter v. Günther.

Gegenstand: Die bevorstehende Delegationssession.

KZ. 51 – GMKPZ. 495

Protokoll des zu Wien am 14. September 1912 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des Ministers des k. u. k. Hauses und des Äußern Grafen Berchtold.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr nachmittags mit der Mitteilung, daß er über Ah. Befehl die Konferenz einberufen habe, um verschiedene Fragen, die sich durch die bevorstehende Tagung der Delegationen ergeben, zu beraten.<sup>1</sup> Es handle sich darum, zunächst festzustellen, ob die Delegationen einen glatten Verlauf nehmen werden und dann, wie man sich zu verschiedenen Anfragen stellen solle, die aus Anlaß der in die Öffentlichkeit gedruckenen Anforderungen für die Neubewaffnung der Artillerie und der Ausgestaltung der Marine von den Delegierten vorgebracht werden dürften.

Was speziell die ungarische Delegation betreffe, so wäre es nicht ohne Gefahr, wenn die Opposition ihre Taktik auf dieselbe übertragen wollte, denn ein Scheitern der Delegationsberatungen würde einen außerordentlich peinlichen Eindruck in Auslande hervorrufen.

Der **kgl. ung. Ministerpräsident** weist darauf hin, daß die Lage wohl bekannt sei. Die Opposition ist sehr verbittert und kann daher vorausgesehen werden, daß es im ungarischen Parlamente am 17. zu sehr unangenehmen Szenen kommen wird, obgleich es nicht ausgeschlossen sei, daß bis zu diesem Termine eine friedlichere Auffassung durchdringe. Immerhin müsse man nicht nur mit Skandalen im ungarischen Reichstage, sondern auch mit unliebsamen Szenen in der Delegation rechnen. Letzteres sei aber nicht allzu wahrscheinlich, denn einige Herren der Opposition seien entschieden dagegen. Die Opposition werde sich vermutlich an der Delegation nicht beteiligen, sie werde die Einladung, sich wählen zu lassen, zurückweisen. Sollte sie an den Wahlen teilnehmen und in Wien erscheinen, werde sie sich vielleicht darauf beschränken, gegen die ungarische Regierung loszuziehen. Die Geschäftsordnung, welche zudem in einem Tage verschärft werden kann, gebe dem Präsidenten die Möglichkeit, die Ruhe herzustellen. Die Beschlußfassung sei unter allen Umständen gesichert. Jeder Delegierte habe das Recht, zu jeder Frage zweimal zu sprechen.

---

<sup>1</sup> Fortsetzung des GMR. v. 8. und 9. 7. 1912, GMKPZ. 494.

Ist dies geschehen, wird der Präsident die Debatte schließen und den Beschluß der Majorität enunzieren. Eine Garantie für den ruhigen Verlauf könne er nicht übernehmen, wohl aber für die Beschlußfassung.

Der **Vorsitzende** möchte zur Diskussion bringen, wie man sich zu verhalten habe, wenn eine größere Anzahl von oppositionellen Delegierten heraufkäme, beziehungsweise wenn die Räumung des Sitzungssaales oder der Strasse in Frage käme.

Der **k. k. Ministerpräsident** führt aus, daß die Wiener Polizei das ungarische Palais auch in normalen Fällen, wie zum Beispiel wenn ungarische Minister nach Wien kommen, dann bei jeder Delegationstagung beobachte und überwache. Ebenso werde sie gewissen Demonstrationen, etwa denjenigen kroatischer Studenten entgegentreten. Dies sei zweifellos ihre Pflicht. Anders verhalte es sich mit den Vorgängen im Innern des den Schutz der Exterritorialität genießenden Gebäudes und gegenüber auf der Straße exzedierenden ungarischen Parlamentariern. Hier sei die Verwendung der Wiener Polizei nicht tunlich, zumal sie von der öffentlichen Meinung nicht gutgeheißen würde. Die Polizei könne sonach nur den Schutz des Gebäudes beziehungsweise der Beratungen vor Demonstrationen übernehmen, nicht aber gegen aus internen Gründen hervorgegangene Weiterungen, sei es im Gebäude oder vor dem Gebäude, einschreiten und namentlich nicht an ungarische Delegierte Hand anlegen. Dies müsse ängstlich vermieden werden. Würde man da sub titulo Freiheit der Passage vorgehen, so käme es im österreichischen Parlamente zu den stürmischsten Szenen. Ebenso würde der Wiener Gemeinderat Stellung nehmen.

Der **kgl. ung. Ministerpräsident** macht darauf aufmerksam, daß die Exterritorialität des ungarischen Gebäudes nirgends schriftlich oder aktenmäßig festgelegt sei. In der Praxis käme die Polizei allerdings nur dann hinein, wenn sie gerufen werde. Er müsse zugeben, daß die Sache sehr heikel sei und das Betreten des ungarischen Gebäudes durch die Polizei sehr böses Blut machen würde. Der Präsident könne die Polizei aber im Falle der Gewalt rufen. Falls eine oder zwei Sitzungen gestört würden, werde übrigens Vorsorge getroffen werden, daß nur Personen mit Legitimationskarten das Gebäude betreten können, bei der Ausgabe dieser Karten werde man es an der nötigen Vorsicht nicht fehlen lassen und am Tore Kontrollorgane aufstellen. Wenn aber Leute kommen, diese Organe wegstoßen und eindringen, dann liege Gewalt vor. Die Immunität der ungarischen Abgeordneten gelte in Wien nicht.

Der **k. k. Ministerpräsident** macht dem gegenüber aufmerksam, daß man in Ungarn sagen würde, man habe die Gelegenheit benützt und über Anordnung der ungarischen Regierung die österreichische Polizei zu Gewaltakten gegen ungarische Parlamentsmitglieder verwendet, während man in Österreich die Regierung beschuldigen werde, sie habe unberufen zu Gunsten der Knebelung der ungarischen Opposition Partei genommen.

Wenn schon Gewalt angewendet werden müsse, so hätte seiner Ansicht nach das Militär einzugreifen.<sup>2</sup>

Der k. u. k. Kriegsminister erklärt, daß – wenn gewünscht – eine Kompanie eines ungarischen Infanterieregimentes bereit gehalten werden wird.

Der kgl. ung. Ministerpräsident glaubt nicht, daß Gewaltmaßregeln notwendig sein werden. Durch eventuelles Hinausziehen der Beratungen werde man erreichen, daß die Opposition die Geduld verliert und schon aus materiellen Gründen – der Aufenthalt in Wien koste Geld – abreisen wird.<sup>3</sup>

Der k. k. Ministerpräsident bespricht den voraussichtlichen Verlauf der österreichischen Delegation, der sich normal gestalten würde, wenn nicht Angelegenheiten aufs Tapet kämen, die nicht dazu gehören. Er meine da in erster Linie die Dinge in Kroatien. Die Südslawen, flankiert von anderen Parteien, werden in höchst temperamentvoller Weise die dortigen Ereignisse diskutieren.<sup>4</sup> Die betreffenden führenden Delegierten werden diese Angelegenheit sowohl ihm gegenüber als gegenüber dem Minister des Äußern und dem gemeinsamen Finanzminister mit großer Entschiedenheit berühren. Aus den Berichten der Statthalter in Triest und Zara und aus anderen Relationen entnehme er die wachsende Erregung unter den Südslawen. Er wolle sich darauf beschränken, dies zu konstatieren und festzustellen, daß dieser Zustand insbesondere auf die Person, die das jetzige System in Kroatien verkörpert, zurückzuführen sei.

Auf eine Bemerkung des kgl. ung. Ministerpräsidenten, in der ungarischen Delegation würde der Präsident jedem Redner, der sich in innere Angelegenheiten Österreichs einmischen wollte, das Wort entziehen, sagt der gemeinsame Finanzminister, daß in der österreichischen Delegation seit Jahren die Praxis bestehe, über alles reden zu lassen, daß aber auch ein psychologisches Moment berücksichtigt werden müsse, das Empfinden der österreichischen Südslawen, bei dem es kein staatsrechtliches Bedenken gebe.

Der kgl. ung. Ministerpräsident erklärt, daß die Majorität des Agramer Landtages für die Separierung von Ungarn gewesen sei, es war da-

<sup>2</sup> *Die Anweisungen an die k. k. Behörden wegen der Behandlung ungarischer Delegationsmitglieder und Reichstagsabgeordneter im Erlaß (Abschrift) des k. k. Innenministers an den Statthalter von Niederösterreich o. D. in KA., KM., Präs. 37–4/8/1912.*

<sup>3</sup> *Mit Schreiben Lukács' an Auffenberg v. 20. 9. 1912 wurde die Entsendung einer 100 Mann starken Abteilung der ungarischen Staatspolizei nach Wien bekanntgegeben, ebd., Präs. 37–4/15/1912.*

<sup>4</sup> *Gemeint ist die Sistierung der kroatischen Verfassung im April 1912 durch die Errichtung eines Kommissariats unter dem bisherigen Banus Cuvaj. Diese Sistierung hatte Folgen für die gemeinsamen Angelegenheiten, weil die ungarische Delegation keine Vertreter des – aufgelösten – kroatisch-slavonischen Sabors haben konnte. Wegen ihrem Fehlen bestritten die südslawischen Vertreter der cisleithanischen Delegation schon in der Sitzung der Delegationen im April 1912 die Rechtmäßigkeit der ungarischen Delegation, Gross, Erzherzog Franz Ferdinand 291.*

her die elementarste Pflicht der Regierung, ein solches Votum zu verhindern. Daran könne nichts geändert werden, solange nicht die Möglichkeit vorhanden sei, eine ungarfreundliche Majorität wählen zu lassen. Er glaube an diese Möglichkeit, weil hiefür Anzeichen vorhanden sind. Er werde auch, sobald dies im ungarischen Parlamente durchführbar sei, die Eisenbahner-Sprachenfrage regeln.

Der gemeinsame Finanzminister äußert sich dahin, daß er wohl der letzte sei, der für den Trialismus eintreten würde; auch die Bosnier wollen ihn nicht, die wollen ein selbständiges Bosnien. Nachdem er dies vorausgeschickt, müsse er auf die Worte des Grafen Stürgkh hinsichtlich des königlichen Kommissärs zurückkommen. Dieser ist außerordentlich verhaßt. Und da könne er nicht umhin, auf gewisse Dinge zu verweisen zum Beispiel auf die Unterdrückung der Presse, die als Leitartikel Modeberichte bringt, weil sie politische Aufsätze nicht publizieren dürfe.

Der k. k. Ministerpräsident hat beste Informationen, wonach in Kroatien alle Mühe vergeblich wäre, so lange dort eine Persönlichkeit walte, die man mit Gessler vergleiche. Man glaube allgemein an eine Entspannung und an ein gedeihliches Ende, wenn eine andere Persönlichkeit die Verhandlungen führte. Wenn er sich erlaube, diese Dinge zu berühren, so habe er eine gewisse Legitimation in der kolossalen Rückwirkung auf die österreichischen Südslawen und den Fortschritt der serbischen Propaganda.

Der Vorsitzende teilt die Besorgnisse des Grafen Stürgkh von seinem Standpunkte aus; die letzte Tagung der österreichischen Delegation sei fast ausschließlich von der kroatischen Frage beherrscht worden. Man dürfe die Südslawen nicht abstoßen und sie zu den Serben drängen, sie im serbischen Königreiche die Hoffnung der Zukunft erblicken lassen. Die ungarische Regierung habe gewiß die beste Absicht, doch könne man an den zutage tretenden bedauerlichen Ereignissen nicht vorübergehen, weshalb er, wenn da nicht eine baldige Änderung eintrete, starke Befürchtungen hege.

Der kgl. ung. Ministerpräsident erwidert hierauf, daß auch die Opposition in Ungarn sage, er und Graf Tisza mögen zurücktreten, dann werde alles in Ordnung kommen und dennoch sei es sicher, daß dies nicht wahr wäre, es würde alles beim alten bleiben.

Nachdem Graf Stürgkh seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß vielleicht ein General berufen werden könnte, wie seinerzeit Baron Ramberg, weist Ritter v. Biliński auf die Beliebtheit des Generals Potiorek in Bosnien hin. Der gemeinsame Finanzminister glaubt, daß es nur einem neuen Manne gelingen dürfte, die Mittel, welche die ungarische Regierung zur Verfügung stellen will, fruchtbringend zu verwerten. Unter dem jetzigen Kommissär wären die vielen Millionen für Flußregulierungen und so weiter umsonst aufgewendet.

Der kgl. ung. Ministerpräsident gibt zu, daß die Ernennung eines Generals in Kroatien angenehm berühren könnte, in Ungarn wäre aber das gerade Gegenteil der Fall.

Es wird nun zur Frage der Beantwortung etwaiger Interpellationen über die Projekte der Kriegsverwaltung übergegangen und nach längerer Debatte beschlossen, daß der **Kriegsminister** ganz entschieden gegen die Behauptung der Unzulänglichkeit der Feldartillerie, speziell der Feldkanonenbatterien aufzutreten habe. Er werde betonen, daß man diesbezüglich keine Besorgnisse zu hegen brauche. Werde er weiter gedrängt, werde er sich auf sein erstes Exposé vom Dezember 1911 berufen.<sup>5</sup> Sollten durch fortgesetzte Interpellationen weitere Aufklärungen unausweichlich werden, so würde der Kriegsminister in vertraulicher Sitzung alle jene Daten vortragen, welche er erst in der Budapester Session vorbringen wollte und aus denen zu entnehmen ist, daß und in welcher Hinsicht materielle Rückständigkeiten tatsächlich bestehen. Er und der Marinekommandant werden ferner erklären, daß sie pflichtgemäß vor Ablauf der bestehenden Abmachungen beziehungsweise des gegenwärtigen Schiffsbauprogrammes ihre Vorschläge erstatten und versuchen werden, die beiden Regierungen für die Zustimmung zur Einbringung bezüglicher Vorlagen zu gewinnen, damit einerseits vorhandene Rückständigkeiten beseitigt werden, andererseits der natürlichen Entwicklung Rechnung getragen werde. Bei dieser Gelegenheit stellt **Graf Stürgkh**, welcher im übrigen Baron Heinolds Erklärungen in der letzten Ministerkonferenz aufrecht erhält, fest, daß langfristige Programme vom finanziellen, parlamentarischen und technischen Standpunkte aus nicht aufgestellt zu werden vermöchten.<sup>6</sup>

**Graf Berchtold** führt nun mit der Bitte um strengste Geheimhaltung folgendes aus:

„Es ist uns schon seit längerer Zeit bekannt gewesen, daß zwischen Bulgarien und Serbien ein Allianzverhältnis defensiver Natur unter russischer Patronanz hergestellt worden ist, dessen Ursprung wohl auf die seinerzeitigen, das ist nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina in Erscheinung getretenen russischen Bemühungen zur Bildung eines Balkanbundes zurückzuführen ist.

Im Laufe dieses Sommers hat sich überdies – nach unseren Informationen – eine Annäherung Griechenlands an Bulgarien ergeben, bei welcher jedoch Rußland seine Hand nicht im Spiele hatte.

Der Sturz des Jungtürkentums und der Schwächezustand der derzeitigen türkischen Regierung hat die Wechselbeziehungen zwischen diesen Balkanstaaten, denen sich auch Montenegro zugesellt hat, wesentlich gefördert und inniger gestaltet und ihnen einen konkreten Inhalt gegeben, der geeignet ist, Besorgnis für

<sup>5</sup> Zum Exposé Auffenbergs von Dezember siehe Anm. 9 zum GMR. v. 8. und 9. 7. 1912, GMKPZ. 494.

<sup>6</sup> Stellungnahme Heinolds in GMR. v. 8. und 9. 7. 1912, GMKPZ 494. Vortrag Berchtolds v. 23. 9. 1912 [sic!], in dem um die Einberufung der ungarischen Delegation für den 23. 9. 1912 nach Wien angetragen wurde. Mit Ah. Handschreiben v. 14. 9. 1912 an Berchtold und Lukács wurde die ungarische Delegation nach Wien einberufen, HHSStA., Kab. Kanzlei, KZ. 2279/1912. Fortsetzung über das Budget für 1912 wegen eines außerordentlichen Heeres- und Marinekredites in GMR. v. 3. 10. 1912, GMKPZ. 496.

die Erhaltung des Friedens am Balkan zu wecken. Soweit wir Einblick in die einschlägigen Verhältnisse gewinnen können, scheint für gewisse Eventualitäten ein einmütiges Vorgehen dieser Staaten gegen die Türkei vorgesehen zu sein.

In welcher Weise der Stein ins Rollen gebracht werden wird, läßt sich heute allerdings nicht mit Sicherheit feststellen. Es kann aber eventuell schon in nächster Zukunft die Frage an uns herantreten, welche Stellung wir zu den Ereignissen nehmen werden.

Meines Erachtens wäre es unsere oberste Aufgabe, dem Ausbruche eines Konfliktes, bei welchem wir nichts zu gewinnen hätten, tunlichst vorzubeugen, wenn dies aber nicht gelingen sollte, die Konflagration nach Möglichkeit zu lokalisieren.

Zwei Wege werden uns im gegebenen psychologischen Momente offen stehen:

Entweder nach vergeblicher Mahnung zur Ruhe die Erklärung abzugeben, daß wir die Verantwortung für das Vorgehen den Balkanstaaten überlassen und von vorneherein erklären müßten, keine Veränderung des status quo ohne unsere Zustimmung zuzulassen, oder die energischere, daher vielleicht wirksamere, aber auch ein größeres Risiko in sich bergende Alternative, darin bestehend, in Belgrad zu verstehen zu geben, daß wir ein Überschreiten der türkischen Grenze durch die serbischen Truppen nicht zugeben könnten und uns für diesen Fall die Freiheit unserer Entschlüsse vorbehalten müßten.

Nachdem hier die Eventualität weittragender Entschlüsse in Frage kommt, würde ich Wert darauf legen, die Auffassung der Chefs der beiden Regierungen sowie des Herrn Kriegsministers über die erwähnten Alternativen der Orientierung unserer Außenpolitik in einem gegebenen Momente zu vernehmen.“

Die Rede des Vorsitzenden gibt zu längerer Diskussion Anlaß, in deren Verlaufe der Kriegsminister über Befragen hervorhebt, daß eine militärische Aktion, welche Aussicht auf Erfolg haben soll, nur über Serbien, also durch das Moravatal vor sich gehen müßte; alle anderen Richtungen wie zum Beispiel jene durch den Sandjak kämen für größere Körper nicht in Betracht oder wären von so vielen anderen Bedingungen abhängig, daß ihre Realisierung kaum möglich wäre. Darunter ist speziell eine – öfters ventilierte – Aktion von der Seeseite her gegen Albanien zu verstehen. Im allgemeinen aber wären Aktionen, welche zu großen Konflagrationen führen könnten, lieber zu vermeiden, angesichts der wenig günstigen Verfassung des Heeres hinsichtlich belangreicher materieller Ausgestaltungen. Der k. k. M i n i s t e r p r ä s i d e n t ist der Meinung, daß die eine Drohung enthaltende Alternative eine große Gefahr beinhalte, denn Drohungen führen leicht zum Kriege. Er möchte sich Zeit erbitten, um sein Votum abzugeben.

Beide Ministerpräsidenten geben der Hoffnung Raum, daß es zu keinem Kriege kommen werde, der riesige Opfer kosten würde und wobei, wie Dr. v. Lukács hinzufügt, nichts zu gewinnen sei.

Der Vorsitzende schließt hierauf um ½ 6 Uhr die Sitzung.

Berchtold

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.  
Wien, am 3. Oktober 1912. Franz Joseph.

### Nr. 32 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 3. Oktober 1912

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der kgl. ung. Ministerpräsident v. Lukács, der k. u. k. Kriegsminister GdI. Ritter v. Auffenberg, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Dr. Ritter v. Biliński (21. 10.), der k. k. Finanzminister Dr. Ritter v. Zaleski, der kgl. ung. Finanzminister Dr. Teleszky, der k. u. k. Marinekommandant Admiral Graf Montecuccoli (31. 10.).

Protokollführer: Legationsrat Graf Hoyos.

Gegenstand: Außerordentliche Nachtragsforderungen für Heer und Marine.

KZ. 58 – GMKPZ. 496

Protokoll des zu Wien am 3. Oktober 1912 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. Ministers des k. u. k. Hauses und des Äußern Grafen Berchtold.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Bemerkung, er habe den Ministerrat einberufen, um darüber zu beraten, inwieferne es möglich wäre, die im Juli d. J. im gemeinsamen Ministerrat zurückgestellten Forderungen der Heeres- und Marineverwaltung angesichts der veränderten politischen Situation schon jetzt in Beratung zu ziehen und dieselben den jetzt tagenden Delegationen noch vorzulegen.<sup>1</sup> Die politische Lage sei eine sehr ernste. Obwohl derzeit nicht vorauszusehen sei, daß sie Komplikationen auf internationalem Gebiete in naher Zukunft zur Folge haben werde, so müsse die Monarchie für alle Fälle gesichert sein.

Bei Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges habe man hoffen können, daß derselbe nicht von langer Dauer sein werde. Diese Hoffnung habe sich als trügerisch erwiesen, der Krieg, der noch nicht beendet sei, habe vielmehr weitere Kreise um sich gezogen und eine bedrohliche Komplikation am Balkan zeitigt.

<sup>1</sup> Zu den vom gemeinsamen Ministerrat abgelehnten Kreditforderungen von Heer und Marine siehe GMR. v. 8. und 9. 7. 1912, GMKPZ. 494.